

Der Krieg in der Ukraine (Teil 5)

Ein Nachtrag zum Protokoll vom 25.4.22: Beim letzten Termin wurde zu der Schilderung der unterschiedlichen Militärstrategien der Russen, des Westens und der Ukraine im Krieg die Frage gestellt, wozu man diese nachvollziehen soll. Dazu steht im Protokoll auf S. 2: „Es ging nicht um politische Aussagen, sondern erst einmal um den Nachvollzug der strategischen Zwecke Russlands ...“ Mit diesem „nicht – sondern“ ist das Verhältnis der beiden Seiten nicht getroffen, denn der Nachvollzug einer militärischen Strategie, verweist zugleich auf die politischen Zwecke, die damit erzielt werden sollen. Betrachtet man in diesem Krieg die verschiedenen militärischen Strategien, bekommt man *zugleich* Auskunft darüber, für welche politischen Zwecke sie gut sein sollen. Die Russen sagen, bei ihrem Vorstoß auf Kiew gehe es ihnen um Denazifizierung und Demilitarisierung der Ukraine. Dabei denkt Putin mit „Denazifizierung“ nicht wörtlich an Nazis, sondern er sieht die als Frontstaat der Nato hergerichtete feindliche Staatsräson der Ukraine als Bedrohung Russlands, wie seinerzeit die Nazis. Sein Ziel ist es daher, dort eine geänderte Staatsräson durchzusetzen, die gegenüber Russland gute Beziehungen pflegt und nicht mehr über die Mittel verfügt, es militärisch zu schädigen. Mit einem Vorstoß auf Kiew sollte dieser Wechsel in der Staatsräson erreicht werden, das war die dem politischen Ziel entsprechende Militärstrategie. Natürlich sind die politischen Ziele und die militärische Strategie zu unterscheiden, aber beides steht in einem sachlichen Zusammenhang. Insofern ist durchaus wichtig, diese unterschiedlichen Strategien – wie sie aufeinander treffen, wie das Kriegsgeschehen voranschreitet und zu neuen politischen Zielsetzungen und neuen Strategien führt – zu erklären. Und das ist etwas anderes als Militärexpertentum.

Eine weitere Korrektur zum Protokoll: ziemlich weit hinten vor dem * heißt es fälschlicherweise, dass in Hinblick auf die Rückwirkungen der Sanktionen in Deutschland ein Paket von 450 Milliarden geschnürt worden wäre, um die Schäden für die Industrie und die hohen Energiepreise auszugleichen. Da ist eine Null zu viel: Was sie jetzt als Nachtragshaushalt dafür beschlossen haben, liegt zwischen 40 und 50 Milliarden Euro.

30 **Moralische Aufrüstung in Kriegszeiten**

Seit Kriegsbeginn wird von der Politik und der Öffentlichkeit ununterbrochen wiederholt, dass man es mit einem verbrecherischen, völkerrechtswidrigen *Angriffskrieg* seitens des Aggressors Putin zu tun hat. Das ist die absolut durchgesetzte Sprachregelung: so hat man sich zu dem Krieg in der Ukraine zu stellen. Was ist mit dieser Einordnung schon von vorneherein geleistet?

— *Wenn die Militäraktion Putins als verbrecherisch gekennzeichnet wird oder sogar als Tat eines Irrsinnigen, wird behauptet, dass es keinen vernünftigen, realen Grund gibt für den Einmarsch in die Ukraine und der Westen daher mit aller Berechtigung diesem Einmarsch militärisch entgegentreten muss.*

40 Das geht jetzt zu schnell weg von dem ursprünglichen Urteil „Angriffskrieg“ und hin zur öffentlichen Motivforschung, was Putin betrifft. Mit „Angriffskrieg“ ist gesagt, das ist eine verbrecherische Angelegenheit, da betätigt sich ein Aggressor. Womit hat man es da zu tun?

45 — *Mit „Angriffskrieg“ ist das moralische Urteil eigentlich schon fertig: dass hier ein völlig Unschuldiger mit einer nicht zu rechtfertigenden Gewalt überzogen wird. Und man bezieht sich selber als betroffenes Subjekt darauf, betrachtet den Konflikt also nicht distanziert für sich, sondern gleich als Angriff auf ‚unsere‘ Ordnung, ‚unsere‘ Werte, auf alles, was ‚uns‘ heilig ist. Dieser absoluten Parteinahme soll sich das Publikum anschließen.*

Diese Fortsetzung steckt in „Angriffskrieg“ noch nicht drin, auch wenn solche Ausführungen immer sofort hinterher kommen. Mit „Angriffskrieg“ ist die eine Partei des Krieges schon
50 komplett moralisch verurteilt, ohne dass gefragt wird, warum, wozu und auf wen überhaupt der Angriff erfolgt ist.

Mit „Angriffskrieg“ wird nicht nur einfach das militärische Faktum benannt – Russland hat die Ukraine angegriffen –, sondern die moralische Verurteilung ist: Russland ist im Unrecht, weil es die bestehende = friedliche Ordnung gebrochen hat. So ist von vorneherein über-
55 haupt nicht mehr von Interesse, welche Ziele Russland mit dem Angriff auf die Ukraine verfolgt, wie sich im Gegenzug die Ukraine dazu stellt und welche Gründe die für diesen Krieg hat. All das ist durch die Titulierung als Angriffskrieg vom Tisch und ersetzt durch eine moralische Parteinahme, dass sich so etwas nicht gehört und Russland verurteilenswert ist. Damit hat man umgekehrt geleistet, dass die andere Partei in dem Krieg jetzt als die Gute,
60 weil angegriffene, dasteht, die sich nur verteidigt. Mit diesem einen Satz – „es handelt sich um einen Angriffskrieg der Russen“ – ist schon klargestellt, dass man sich zu diesem Krieg nur in einer Weise stellen darf, dass man moralisch sortiert, wer bei diesem Krieg im Recht ist. Auf dessen Seite hat man sich zu stellen, deren Taten gehen in Ordnung. Auf die Art wird es zu einem Gebot der Moral, sich parteilich auf die Seite der Ukraine zu stellen.

65 — *Warum „Angriffskrieg“ schon Parteilichkeit heißt, ist nicht klar. Es ist doch immer erst noch eine Beurteilung fällig, ob der Angriffskrieg unentschuldig ist, wie im Falle von Russland, oder ob andere Abwägungen zu dem Schluss veranlassen, dass die Völkergemeinschaft oder die Nato ein Land angreifen ‚musste‘, z.B. wegen Menschenrechtsverletzungen, also einen Angriffskrieg führen musste. Aus dem Wort „Angriffskrieg“ resultiert noch keine*
70 *moralische Verurteilung, sondern es folgt immer noch eine Begründung, warum der eine für uns nicht hinnehmbar ist oder der andere von uns unterstützt wird.*

Es mag ja sein, dass ein anderer Krieg in ähnlicher Weise aber eben mit umgekehrtem Ergebnis moralisch einsortiert wird, auch wenn es ein Angriffskrieg ist. Z.B. in Jugoslawien hat man den Angriff als notwendiges *Eingreifen* der Nato gerechtfertigt: die Nato musste
75 das tun, um den Genozid zu verhindern. Da war da die moralische Einsortierung: ein Krieg zur Verteidigung der Menschenrechte. Auf diese Weise ist der *eigene* Angriff moralisch ins Recht gesetzt worden. Eben deshalb wurde da auch nicht der Vorwurf laut, es handele sich um einen Angriffskrieg.

Die moralische Klassifizierung heute als Angriffskrieg leistet von der negativen Seite her,
80 dass erledigt ist, worum es in der Sache geht, also das Verbot, sich inhaltlich mit ihr (z.B. dem Vormarsch der Nato gen Osten) zu befassen. Der positive Inhalt dieser Art des Urteils ist, dass man sich in einem Krieg gegenüber den beteiligten Seiten parteilich positioniert. Gradlinig wird hier die Menschheit moralisch auf Parteinahme für eine Kriegspartei festgelegt, indem man der einen Seite das Recht zum Krieg führen abspricht, weil Angriff,
85 und der anderen Seite zuspricht, weil bloß Verteidigung.

Dass „wir“ in der BRD so unhinterfragbar auf Seiten der Ukraine stehen, liegt daran, dass Deutschland *praktisch* in diesem Krieg Partei *ist*. Mit der Klassifizierung des Gegners als Angreifer und „uns“ als Verteidiger, nimmt „unsere“ Herrschaft für ihre Unterstützung der Ukraine in Anspruch, dass die unabdingbar nötig ist und man sich gar nicht anders dazu
90 stellen kann und darf. Auf diese praktische Parteinahme der Regierung wird das Volk ohne weitere Argumente verpflichtet. Indem es moralisch für die richtige Seite Partei nimmt und ihm so klar gemacht wird, was „uns“ der Ukrainekrieg angeht, ist jede Differenz zwischen dem Volk und der Herrschaft, die in diesem „wir“ zusammengeschlossen sind, ausgelöscht – also jeder Unterschied zwischen einer Regierung, die die kriegsträchtigen Entscheidungen trifft und dem Volk, das auf die Parteinahme eingeschworen wird, zunichte gemacht.
95

Klar wird das auch umgekehrt daran, dass die militärische Auseinandersetzung in der Ukraine überhaupt nicht anders genannt werden darf als als „Angriffskrieg“. Jeder, der eine andere Bezeichnung wählt, ‚outet‘ sich und wird sofort der Parteinahme für Putin verdächtigt. Das passiert keinem Journalisten mehr.

100 Eine Kriegspartei wird als das Böse dargestellt, weil Täter. So hat man von vornherein nicht nur *gegen* Putin Partei genommen, sondern auch *für* die andere Partei als Gute, die sich gegen den „Angriffskrieg“ als Opfer zur Wehr setzt. Mit der moralischen Unterscheidung zwischen Opfer und Täter wird die russische Seite verurteilt und der ukrainischen Kriegspartei das moralische Recht, sich zu verteidigen, zugesprochen.

105 Ohne jede nähere Befassung mit dem Kriegsgeschehen und -gründen wird man von vornherein darauf festgelegt, bedingungslos gegen Russland und für die Seite, die von der eigenen Regierung unterstützt wird, Partei zu ergreifen, weil nicht nur die Ukraine, sondern „wir“ in Europa angegriffen seien.

110 — *Und zwar indem Russlands Krieg gegen die Ukraine als „Angriff auf unsere europäische Friedensordnung“ gefasst wird. (Dabei ist diese Ordnung ja eine gewalttätige Angelegenheit – siehe die Nato-Osterweiterung, die Eingemeindung der osteuropäischen Frontstaaten in die EU etc.) Diesen „Verstoß gegen die europäische Friedensordnung“ nimmt der Westen nun auf seine Weise in die Hand.*

115 — *Damit liegt aber der Übergang des Westens zur Kriegspartei gegen Russland nicht automatisch vor. Dazu braucht's doch die politische Definition, dass der Westen aus seinen Interessen heraus Kriegspartei sein will. Das folgt nicht aus der moralischen Begutachtung als Angriffskrieg. Vielmehr ist dieser politische Beschluss der moralischen Begutachtung vorausgesetzt.*

120 Wenn sie sagen, nicht nur die Ukraine ist das Opfer Russlands, sondern dieser Krieg ist ein Angriff auf unsere Freiheit, unsere Friedensordnung, das internationale Völkerrecht, unsere regelbasierte Ordnung auf diesem Globus etc., dann sind das Fortschritte in der moralischen Beurteilung, die auf der Grundlage, dass Freund und Feind feststehen, erfolgen. Ob man *praktisch* als Schutzmacht der Ukraine agiert oder selber zur Kriegspartei gegenüber Russland wird, sind politische Entscheidungen, die sicherlich nicht automatisch erfolgen.

125 Die zur Diskussion stehenden moralischen Urteile sind Stellungnahmen *zu* der laufenden, forcierten militärischen Auseinandersetzung zweier Parteien: Geurteilt wird vom Standpunkt einer darüberstehenden Partei aus. Wenn nun gesagt wird, nicht nur die Ukraine, sondern unser aller Höchstwerte seien angegriffen, dann werden auch „wir“ zu Opfern der russischen Aggression erklärt. Diese Fortsetzung verlässt den darüberstehenden Standpunkt. Man wird darauf festgelegt, sich selber als *betroffene Partei* zu sehen und als solche aufzuführen. Als Betroffener hat man nicht nur das Recht auf seiner Seite, sondern geradezu die moralische *Pflicht*, alles dafür zu tun, den Aggressor abzuwehren. In diesem Sinne wird die eigene Regierung von unten aufgerufen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Ukraine zu unterstützen und Russland zurückzuschlagen.

135 Insofern existiert ein Unterschied zu der Begutachtung von früheren Auslandseinsätzen Deutschlands: Diese wurden vom Standpunkt einer überparteilichen Perspektive beurteilt, wo Deutschland im Namen des unbezweifelbar Guten unterwegs gewesen sein soll (Frauen in Afghanistan von der Burka befreien etc), selber aber nicht als angegriffene Partei galt, die zurück schlagen muss. Dieser Fortschritt ist gegenwärtig zu verzeichnen: das ist „*unser Krieg*“ und deshalb dürfen wir da nichts anbrennen lassen.

140 — *Zu Kriegsbeginn bestand die Unterstützung in der Lieferung von Stahlhelmen und Spendenaufrufen an die Bevölkerung zur humanitären Hilfe. Jetzt braucht es unbedingt schwere Waffen, Panzer und Panzerhaubitzen usw. So schreitet die Kriegsmoral voran.*

145 Man muss die praktischen Kriegsfortschritte und die Fortschritte in der Moral voneinander unterscheiden. Das öffentliche Einschwören geschieht heute vom Standpunkt einer betroffenen, angegriffenen Partei aus. Insofern ist der Begriff *Kriegsmoral* hier adäquat: 'Wir befinden uns im Krieg' – von diesem Standpunkt aus wird diskutiert, was dafür alles nötig ist und kritisch gefragt, ob das auch genug ist, um Putin das Handwerk zu legen.

150 — *Das war aber nicht der Ausgangspunkt, dass wir Kriegspartei sind, dahin hat es doch Entwicklungen gegeben. Es wurde anfangs auch betont, es soll kein Nato-Krieg werden, keinen 3. Weltkrieg geben.*

155 Letzteres wird auch immer noch gesagt. Wir reden hier über Kriegsmoral, das ist von den praktischen Kriegsfortschritten zu unterscheiden. Gegenwärtig werden die Menschen darauf eingeschworen, sich als angegriffene Partei zu gerieren. Diese Kriegsmoral *reibt* sich gegenwärtig daran, dass der Westen nicht in einen 3. Weltkrieg einsteigen will, und ist zu weiteren Übergängen fähig: Anfangs lautete die Botschaft der Öffentlichkeit in Wort und Bild: die „armen Ukrainer“ brauchen unsere Unterstützung. Entsprechend haben die Leute gespendet, bis hin dazu, Flüchtlinge privat bei sich aufzunehmen. Mit dem Fortgang des Krieges ist diese Moral, also das, wozu man sich in seiner Parteinahme verpflichtet sieht, 160 dahin gelangt, dass gefragt wird, reichen unsere „Defensivwaffen“ überhaupt aus, sind nicht schwere Waffen angesagt. Diese *Radikalisierung der Moral* findet auf der Grundlage statt, dass man sich als angegriffene Partei sieht und *das* rechtfertigt jede Art von Unterstützung, die man sich unter Anleitung der Öffentlichkeit überhaupt ausdenken kann.

165 — *Diese Kriegsmoral reibt sich an der Differenz, dass einerseits gesagt wird, wir sind angegriffen, der Krieg in der Ukraine ist unsere Sache, aber zugleich – so Scholz erneut in seiner jüngsten Rede – wird betont, dass Deutschland nicht selber aktiv und offiziell zur Kriegspartei werden darf. Das fordert diesen radikalen Moralismus heraus und führt zu den kritischen Überlegungen, ob wir denn auch wirklich genug gegen den bösen Aggressor tun.*

170 Ja, denn der hochstilisierte Kampf Gut gegen Böse, Freiheit versus Unterdrückung etc, das sind so prinzipielle und radikale Standpunkte, dass sie keinerlei Relativierung dulden. Die Leute messen die Politik an den Maßstäben, die die Politik als Kriegsbeschwörung verlauten lässt und dann konstatieren die Leute einen Widerspruch, wenn dieselben Politiker zugleich betonen, dass sie unbedingt vermeiden wollen, selber zur aktiven Kriegspartei zu werden und Besonnenheit Not tate.

175 — *Darin zeigt sich die Differenz zwischen der praktischen Politik und dem aufgeputschten Volk, das sich in seinem Moralismus zum ideellen Kriegsstrategen aufschwingt, obwohl es da nichts zu sagen hat, schwere Waffen für die Ukraine fordert und auf diese Weise dann auch der Politik ein bisschen in die Quere kommt.*

180 Letzteres ist zu bezweifeln. Wenn man sich anschaut, was gegenwärtig unter der Führung der USA und unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands ins Werk gesetzt wird: militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine ohne Ende, Aufrüstung der Nato-Front, Aufnahme von Flüchtlingen, Waffenlieferungen auch schwerer Waffen, ein ausgreifendes Sanktionsregime gegen Russland etc. – dann ist das doch an *praktizierter Militanz* kaum zu überbieten. Und angesichts dessen malt eine aufgehetzte Öffentlichkeit ausgerechnet lauter 185 Zauderer und mangelnde Entschlossenheit der Politik an die Wand.

190 Dieser moralische Rigorismus liegt in der Natur des moralischen Urteilens. Die Charakterisierung des Feindes als Aggressor, der völkerrechtswidrig handelt und absolut böse ist, stellt eine unbedingte Verurteilung dar, die nicht relativierbar ist. Wenn man die Maßnahmen der deutschen Politik am bedingungslosem Sieg über das Böse misst, kann nur ein Defizit herauskommen.

— Das sind zwei verschiedene Ebenen. Der Mensch mit seinem moralischen Rigorismus bleibt bei der Welt von Gut und Böse, in der es nichts zwischendrin gibt. Wenn der Politiker Scholz darauf verweist, noch andere Gesichtspunkte berücksichtigen zu müssen, z. B. die Gefahr eines Atomkrieges, ist das eine andere Abwägung. Dem moralischen Bürger erscheint das zauderhaft, wo es doch um den Kampf für das Gute geht. Diese Differenz zur Politik kommt dieser aber nicht in die Quere. Im Gegenteil tritt die aufgehetzte Öffentlichkeit gerade in den Talkshows wie ein Tribunal über die Politik auf und fordert von ihr konsequentes Handeln.

— In den Talkshows treten die Leute mit diesem moralischen Rigorismus als Scharfmacher gegen die zögerliche Politik auf und gegen alle, die noch Bedenken vorbringen. Wenn Sarah Wagenknecht auf die Nato-Osterweiterung hinweist als Grund für Putins Vorgehen, wenn Selenskyj als Nationalist bezeichnet und Pazifismus gegen den russischen Krieg als Handlungsmöglichkeit gesehen wird, werden diese Stimmen niedergemacht. In der Presse findet man sie allenfalls noch im Feuilleton.

— Die Vierte Gewalt tritt auf als selbsternannter Kontrolleur der Kriegsbeteiligung Deutschlands. Wenn aber die Leute sich auf den moralischen Standpunkt stellen, dieser Krieg geht sie an wegen der Gefahr für „unsere Ordnung“ und „unseren Frieden“, deswegen müssen „wir“ für den Erfolg der Ukrainer sorgen, dann begehen sie einen tödlichen Fehler, weil sie gar nichts selbst bestimmen, sondern nur Material für den Kriegszweck ihrer Herrschaften sind. Wenn die sich also so moralisch stark machen für die Zwecke der Nation, sollte man sie von diesem „wir“ abbringen.

Über die Moral macht sich der Normalmensch gemein mit den Anliegen seiner Regierung. In Sachen Ukraine bedeutet das – insofern ist das ein tödlicher Fehler –, dass man sich zur Kriegspartei erklärt. Ausgehend vom moralischen Standpunkt zum Krieg, sich angegriffen zu sehen, rechtfertigt der Zusammenschluss mit seiner Regierung jede Eskalation in der Unterstützung der Ukraine. Erklärt werden sollte, wo diese Empörung und Heftigkeit her kommt, dass ein Untertan, der im Zweifelsfall eingepflanzt ist für den Krieg – bis dahin darf er spenden und die höheren Energiepreise zahlen usw. –, sich stark macht dafür, dass seine Regierung aufrüstet, mehr Waffen schickt und mehr Risikofreude zeigt, wenn es um die Gefahr eines Atomkrieges geht.

Auch da gibt es unübersehbar eine Entwicklung, wohin sich die Menschheit in der öffentlichen Begutachtung und moralischen Einsortierung der Lage vorgearbeitet hat. Am Anfang stand die eindeutige Parteinahme in diesem Krieg. Dann wurden Personen mit abweichenden Stellungnahmen ins Visier genommen, die sich nicht von Putin distanzieren und ihn nicht in aller Schärfe verurteilt haben – Schröder, Sportler, Künstler usw. Die Leute werden auf den Standpunkt der im Krieg befindlichen Nation verpflichtet und wer diesbezüglich Vorbehalte äußert, gehört quasi zum Feind. Ein Beispiel ist der Offene Brief in EMMA, in dem einige Intellektuelle an den Kanzler appellieren, bei aller notwendigen Unterstützung der Ukraine doch Besonnenheit an den Tag zu legen, um nicht ungewollt in einen Atomkrieg zu „schlittern“. Und obwohl die Unterzeichner Verständnis für das Vorgehen des Staates bis hin zur Lieferung schwerer Waffen ausdrücken, werden sie angefeindet wie Saboteure. Inzwischen gibt es einen Gegen-Offenen-Brief des Inhalts, gar nicht genug schwere Waffen liefern zu können; wer da Vorbehalte habe, berufe sich feige auf Besorgnisse, die den Staat von der legitimen und absolut unabdingbaren Unterstützung der Ukraine abhalten würden.

— Mit Bezug auf diese Offenen Briefe hat Scholz sich als Demokrat gezeigt und gesagt, hinterfragen sei an der Stelle der Militanz gegen Russland durchaus erlaubt. Gleichzeitig hat er die Antwort darauf vorgegeben, dass die Angst vor einer Ausweitung des Krieges keinesfalls den Einsatz Deutschlands lähmen dürfe.

— Dieser Offene Brief und andere Stimmen drängen darauf, eine Friedensordnung und Kompromisse zu finden. Die Diskussion in der Öffentlichkeit ist so geprägt, dass selbst die Unterzeichner des Offenen Briefes erst mal alle Forderungen der Ukraine als legitim bezeichnen. Sie stellen sich auf die moralisch verurteilende Seite, haben aber Bedenken wegen der Gefahr der Ausweitung bis zu einem 3. Weltkrieg und drängen auf eine Kompromissbereitschaft, die von den kriegsführenden Parteien längst nicht mehr angestrebt ist.

— Das Wahnsinnige an der Moral ist, dass mit dem Argument, dass viele sterben und in Zukunft noch mehr sterben werden, gerade die Lieferung von noch mehr Waffen gefordert wird. Wenn das nicht getan wird, mache man sich am Tod vieler Menschen schuldig.

— Die Brief-Schreiber haben gesagt, dass durch eine Verlängerung des Krieges mehr Menschen sterben, als wenn man die Waffenlieferungen begrenzt und der Krieg früher beendet wird. Dass die Verlängerung des Krieges mehr Opfer produziert, wird nicht als falsch zurückgewiesen, sondern damit, dass Putin nicht siegen darf.

Weil die Fortentwicklung der Moral auch der Fortentwicklung der Kriegsziele folgt. Es ist inzwischen vom Tisch, einen Waffenstillstand und weiteres zu verhandeln. Das Kriegsziel ist jetzt die absolute Niederlage, der bedingungslose Rückzug der Russen aus der Ukraine. Vom Ausgangspunkt her wurde und wird vom Westen dafür gesorgt, dass die militärische Auseinandersetzung in der Ukraine für Russland sehr kräftezehrend, ihre Potenzen schwächend, und insgesamt auf Ruinierung abzielend verläuft. Die von ukrainischer Seite vermeldeten Erfolge werden inzwischen zum Argument dafür gemacht, viel weitergehende Kriegsziele zu formulieren: Putin darf den Krieg nicht gewinnen und die Ostprovinzen und die Krim müssen bei der Ukraine bleiben. Das sind auf der objektiven Seite des Kriegsgeschehens die Fortschritte in der Eskalation.

— Wie hält man die tatsächlichen Zwecke und die Moral dazu auseinander? Der Fortschritt im Kriegszweck ist, nicht mehr nur den Krieg für Putin kräftezehrend zu machen, sondern Russland soll den Krieg verlieren. Die Moral dazu lautet, wenn wir diesem bösen Wahnsinnigen jetzt nachgeben und nicht noch mehr Waffen hinschaffen, dann bekommt ein Aggressor recht, sterben in Zukunft noch mehr, weil er dann die nächsten Staaten überfällt usw.

In den öffentlichen Debatten wird nicht die Welt der praktischen Kriegsführung verhandelt, sondern dort findet eine wechselseitige Gesinnungsprüfung statt. Wenn der ukrainische Botschafter Melnyk jeden, der Alternativen zu einem Mehr an Waffen und Unterstützung vorschlägt, mit dem Hinweis auf gerade im Krieg sterbende Ukrainer zurückweist, dann ist das nicht mehr praktisch gemeint. Das ist die Anprangerung einer Gesinnung, die der moralischen Lage nicht angemessen ist. Solche moralischen Gefechte zeigen den Stand, wie aufgehetzt die Öffentlichkeit inzwischen ist.

Es ging um die Differenz von Politik und Moral. Auf der einen Seite stehen die Auskünfte der Politiker, Russland soll so geschädigt werden, dass es nie wieder zu einer Bedrohung anderer Staaten in der Lage ist. (Macron sieht die Perspektiven im Verhältnis mit Russland etwas anders.) Auf der anderen Seite tobt daneben eine moralische Debatte, die sich immer auf die Politik bezieht. Da ist der Ausgangspunkt aber nicht der politisch-militärische Gegensatz im Verhältnis zum Feind Russland, sondern die Stilisierung dieses Gegensatzes zu einer Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse. In dieser moralischen Sichtweise wird ein berechtigter Kampf gegen das absolut Böse geführt. Die Scharfmacher eskalieren weiter dahingehend, dass jede Unterlassung eine Stärkung des Bösen ist, noch mehr Opfer produziert, im übrigen Ausdruck eines immensen moralischen Versagens ist und auf eine mangelnde humanistische und patriotische Gesinnung schließen lässt.

Die Angegriffenen in dieser Debatte verschließen sich gar nicht dem Ausgangspunkt dieser moralischen Sichtweise „Kampf des Guten gegen das Böse“. Sie wollen jedoch bei dem

Einsatz für das Gute noch andere Gesichtspunkte in Erwägung gezogen wissen, z.B. eine vorgestellte Verpflichtung der Politik, möglichst viele Menschenleben zu schützen und deswegen unter Umständen – zwar mit moralischen Bedenken – nicht bis zum letzten Blutstropfen gegen Russland zu kämpfen. Wenn sie appellieren, dass ein verantwortlicher Politiker auch die Gefahr bedenken muss, bei dem Einsatz für das Gute in einen Atomkrieg „reingezogen“ zu werden, verdankt sich das der Parteinahme für die eigene gute Sache. Die sich aber nicht gegen die eigenen Absichten in etwas reinziehen lässt, sondern der Standpunkt des westlichen Kriegsverbündnisses ist, die Ukrainer gegen Russland kämpfen zu lassen und nicht selber Kriegspartei zu werden. Aber diese Art von Debatten spielen sich alle auf der Ebene des Kampfes Gut gegen Böse ab.

— Wenn Melnyk behauptet, bei ausbleibender Waffenlieferung würden noch mehr Menschen sterben und das zögerliche Deutschland versündige sich am ukrainischen Volk, ist das die Moral zu der Wahrheit, dass er diese Waffen für die Ukraine fordert, um damit Russland zu besiegen. Da passt die Moral zum Fortschritt des Kriegszwecks, den die Politik jetzt verfolgt.

Es ist einfach schlicht gelogen, zu behaupten, dass durch die Lieferung von Waffen weniger Menschen sterben. Waffen haben keine andere Qualität, als damit zu töten. Wenn mehr Waffen geliefert werden, dann sorgt das dafür, dass diese Waffen auch mehr Menschen töten. Diese Lüge soll aber suggerieren – das ist das Moralische – , dass Waffen das Böse besiegen und den Tod von noch mehr Menschen durch die Bösen verhindern bzw. nur noch Befürworter der falschen Seite sterben, die es verdient haben. Dass es also in diesem Krieg eine gute Seite gibt, die die Gewalt zu Recht einsetzt und eine böse, deren Gewalt man verhindern muss.

— Mit dem Rekurs auf die Vergangenheit führt Scholz die Zwecke der Politik perfekt mit der moralischen Verantwortung zusammen: Nie wieder dürfe ein Diktator und Aggressor wie Nazi-Deutschland die halbe Welt überfallen und terrorisieren. Daher läge es in der Verantwortung Deutschlands, das zu verhindern. Der vereinigte Westen und allen voran Deutschland müssten unbedingt alle Mittel in Bewegung setzen, damit dieses teuflische Werk nicht mehr passieren kann.

— Und wenn Scholz anlässlich des 8. Mai, des Jahrestages der Kapitulation von Nazi-Deutschland, auf die besondere Verantwortung für den Frieden in Europa verweist unter dem Titel „Nie wieder Krieg“, bringt er diesen ideellen Ausgangspunkt seiner Politik auf seine ideologische Art mit seiner jetzigen Politik zusammen: Wegen dieses Ziels „Nie wieder Krieg“ muss Deutschland jetzt in diesem Krieg die Unterstützung der Ukraine gegen Russland mit allen Mitteln voran bringen

Aber bei der Parole zum 8. Mai „Nie wieder Krieg“ wird dessen gedacht, dass „wir Deutschen“ schwere Schuld auf uns geladen haben, weil wir einen Krieg in ganz Europa angezettelt und den auch noch verloren haben. Weshalb öffentlich nicht nur an die Kapitulation Deutschlands gedacht werden soll, sondern an die Befreiung vom Faschismus. Hier findet eine Umdeutung statt, die begründet, dass Deutschland prädestiniert dafür ist, für Frieden in Europa zu sorgen; „Nie wieder Krieg“ ist die Parole und bisher die Stellung der deutschen Politik dazu gewesen. Die Rede von Scholz ist die offensive *Revision dessen*: Deutschland als Friedensmacht sieht sich gerade wegen seiner historischen Verantwortung heute dazu genötigt, nicht mehr „Nie wieder Krieg“ zu sagen, sondern sich vielmehr zu rechtfertigen, warum es unbedingt kriegerisch tätig werden muss zur Unterstützung der Ukraine: Waffenlieferungen, Ausbildung an den Waffen usw. Scholz exerziert diesen Übergang vor – von der Bemühung um Frieden hin zu der unumgänglichen Verpflichtung, den Krieg gegen den

Aggressor *siegreich* zu beenden. Die Logik heißt: Die ordentlichen, uns genehmen Verhältnisse, für die wir eingetreten sind, werden gestört durch einen Angriff auf das Gute und Schöne. In dem Sinne ergibt sich die Pflicht, den Aggressor, also denjenigen, der den Frieden stört, mit allen Mitteln zu besiegen. All dem ist also nicht Kontinuität zu entnehmen, hier findet ein Übergang statt von der *Friedensmacht Deutschland* hin zu einem Deutschland, das sich eingedenk des 8. Mai einer Stellungsnahme als *Kriegspartei* nicht verschließen kann.

— *Bemerkenswert ist die besondere Kriegsmoral der Grünen, die jetzt in der Regierung sind. Es gibt empörte Stellungnahmen darüber, wohin sich z.B Anton Hofreiter vorgearbeitet hat, dass er sich von jedem Pazifismus und von der grünen Parole „Frieden schaffen ohne Waffen“ komplett verabschiedet hat. Warum sind die Grünen, allen voran Baerbock, Habeck und Beck jetzt Vorreiter der Kriegspolitik?*

Die Grünen im Regierungsamt stilisieren sich als diejenigen Politiker, die immer schon wussten, auf welche Werte es ankommt, wofür man in der Welt eintreten muss. Danach wollen sie ihre Politik ausgerichtet haben. Sei es in Sachen Rettung der Welt wegen der Klimakrise, sei es in Sachen Rettung der Welt wegen Kriegsvermeidung und Friedenssicherung. Sie müssen sich heute nicht – und mussten es auch früher nicht – nachsagen lassen, dass sie Idealisten und Moralisten sind, die das Volk mit ihren moralischen Vorschriften drangsalieren wollen. Gerade mit ihrem moralischen Kompass sind sie die geeignetsten Kandidaten dafür, heute in schweren Kriegszeiten alles Notwendige zu tun, um das, was moralisch geboten ist, durch das Amt des Politikers verantwortlich wahr werden zu lassen.

— *Ein Beispiel dafür ist, dass Habeck das Drängen der grünen Politik der letzten Jahre auf die energiepolitische Wende in die weise Voraussicht auf das heute sicherheitspolitisch Gebotene ummünzt, das sein muss, weil es der Weg aus der Abhängigkeit von Putin ist. Die Grünen sind demnach keine Klimaträumer, sie praktizieren den gebotenen Realismus, der nötig ist, um Russland die Stirn zu bieten.*

— *Die Grünen nehmen Russland als Hort der Unfreiheit, des Undemokratischen. Als verantwortliche Politiker können sie das mit der Energiefrage so schön verbinden: Putins hat uns abhängig gemacht von seinen Rohstoffen, begünstigt durch korrupte westliche Politiker wie Schröder. Das Verhängnis war, dass Deutschland darüber unfrei geworden ist. Aber die grünen Wertevertreter setzen jetzt das politisch Notwendige in aller gebotenen Verantwortlichkeit um – auch mit den Mitteln der Gewalt –, um so etwas künftig unmöglich machen.*

Der Verdacht, die Grünen würden ihre Ideale verraten, geht also insofern an ihnen vorbei, als sie für sich in Anspruch nehmen, ihre moralischen Prinzipien überhaupt nicht zu ändern oder zu verraten, sondern dass sie das, was sie immer schon für sich als Orientierungspunkt der Politik reklamiert haben, jetzt zum Maßstab ihrer Politik gemacht haben. Insofern sehen sie sich genau an der passenden Stelle, wenn es darum geht, moralisch Kurs zu halten. Sie setzen ihren moralischen Kompass *zugleich* ins Verhältnis zu den aktuellen Gegebenheiten, an die sie diesen ganz selbstverständlich anzupassen haben. Denn so viel Verantwortung muss ein grüner Politiker schon an den Tag legen, zu wissen, dass die Rettung der Welt heute zwar immer noch einerseits Bewältigung der Klimakrise heißt, es andererseits aber mindestens so wichtig ist, sicherheitspolitische Unabhängigkeit von Russland zu erlangen. Jetzt in Regierung und Amt gekommen werden sie ihren Idealen am besten durch das Betreiben verantwortlicher Politik gerecht. Alles, was sie *dafür* als notwendig erachten, deklarieren sie als Verwirklichung ihrer moralischen Prinzipien.

— *Die Grünen sehen sich mit dem, wofür sie gestern als weltfremde Spinner hingestellt wurden, jetzt endlich am Ziel: Wir hatten damals Recht, als wir diffamiert wurden und jetzt erweist es sich, dass die Abkehr von fossiler Energie uns diese Situation erspart hätte, heute*

385 von Putin abhängig zu sein. Heute warnt Habeck sogar seine grüne Basis davor, mit Umweltaspekten gegen die LNG-Terminals vor Gericht zu ziehen. Damit appelliert er an höchste Verantwortungsethik.

— Die Grünen waren immer moralische Fanatiker des Friedens. Früher sahen sie den Frieden durch den Klimawandel gefährdet. Jetzt haben sie ein anderes Betätigungsfeld gefunden, dass nämlich die schöne friedliche europäische Ordnung durch den Krieg in der Ukraine gestört wird. Und dagegen müssen sie mit allen Mitteln vorgehen.

Man darf nicht vergessen, dass die Grünen jetzt an der Regierung sind. Als Amtsinhaber definieren und exekutieren sie aktuell Notwendigkeiten deutscher Politik, die bisher nicht deren Inhalt waren. Sie sind Mitgestalter der sogenannten Zeitenwende. Hier geht es darum, wie sie das als verantwortliche Politiker ins Verhältnis setzen zu den von ihnen genannten Idealen ihrer Politik. Das ist durchaus vergleichbar mit Joschka Fischer, der auch der Meinung war, dass das Beste im Sinne einer Friedenspolitik ist, in Jugoslawien Krieg zu führen. Das alles sind Klarstellungen, in welchem Verhältnis verantwortliche Politik steht zu den für diese Politik reklamierten Idealen und moralischen Prinzipien. Sicher ist da manches Mitglied der Grünen etwas irritiert. Als Partei haben sich die Grünen offensiv vorgearbeitet dazu, dass man regieren muss, um die Ideale verwirklichen zu können.

— Auffällig ist, dass nur noch rechtskonservative Kreise, also die CSU, die AFD oder konservative Journalisten versuchen, sachlich über die neue Politik und die Konsequenzen, die da in Kauf genommen werden, zu diskutieren. Sie fragen sich, ob die jetzige Politik im deutschen Interesse ist und messen dies daran, welche Auswirkungen das für die Wirtschaft haben könnte oder für Europa. Während Scholz, der natürlich auch an die Interessen Deutschlands denkt, an der Seite der USA steht und die Welt ordnen will, fragen sich die Konservativen, ob genau das Deutschland nicht schadet.

Diese „sachlichen“ Einwände der Konservativen sind sehr vom Standpunkt geprägt. Beide politischen Fraktionen machen unterschiedliche Vorstellungen davon geltend, wie das nationale deutsche Interesse besser zu vertreten ist. Die Regierungskritiker stoßen sich daran und haben Bedenken, dass die Interessen der deutschen Nation auf der Strecke bleiben, wenn in einem Wirtschaftskrieg hauptsächlich die deutsche Wirtschaft leidet, wenn in einem potentiell ausgeweiteten Krieg der Krieg hauptsächlich in Europa = Deutschland stattfindet. Da haben sie den Verdacht, dass deutsche Interessen nicht zum Zuge kommen, weil sich die deutsche Politik zu sehr nach den USA richtet. Das ist deren deutsch-nationaler Standpunkt.

Jour Fixe vom 09.05.2022